



Gescheitert: US-Grenzposten entdecken eine Gruppe von Flüchtlingen, bevor diese die Sperranlagen von Mexiko aus überwinden können.



Gelungen: Durch die Geldüberweisungen von Migranten zurück in die Heimat können Angehörige zu bescheidenem Wohlstand kommen.

Fortsetzung von Seite 24

Seine Schulden belaufen sich heute auf mehr als 20 000 Dollar. Seine Ehefrau musste eine Hypothek auf ihre zwölf Hektar Land mit den drei Bewässerungskanälen aufnehmen, auf ihr Haus und die Ziegelfabrik. Der Geldverleiher droht nun, sich Land, Haus und Fabrik anzueignen, wenn Ordóñez nicht bald beginnt, die ersten Raten zu tilgen. „Sie wissen, wie mit den Verzweifelten umzugehen ist. Sie sind liebenswürdig, zumindest am Anfang. Doch später haben sie kein Erbarmen mit den Armen“, sagt Narcisca Déleg verbittert.

Doch damit nicht genug der Misere. Efrén hat mittlerweile die Verbindungen zu seiner Familie in der Heimat gekappt und unterstützt weder seine Kinder noch die Ehefrau, die nun alleine bleibt mit dem immer rabiatere auftretenden Geldverleiher, den Hypotheken, der Angst um die eigene Existenz, den Kindern und der Scham, vom eigenen Mann betrogen und verlassen worden zu sein.

Das ist beileibe kein Ausnahmefall. Viele der männlichen Migranten nutzen die Auswanderung, um sich von allen familiären Verpflichtungen zu befreien und Ehefrau und Kinder ihrem Schicksal zu überlassen, um in der neuen Heimat ein neues Leben zu beginnen. Leidtragende sind vor allem die Söhne und Töchter. Gleiches gilt für den Fall, dass beide Elternteile auswandern und die Kinder in der Obhut von Großeltern oder anderen Verwandten zurückbleiben.

Nach einer Untersuchung der Notrufzentrale von Cuenca ist die Selbsttötungsrate von Kindern und Jugendlichen in der Region besonders hoch und nimmt inzwischen geradezu alarmierende Ausmaße an. Allein zwischen Januar und Oktober vorvergangenen Jahres registrierte die Region 41 Selbstmorde und 46 Selbstmordversuche von Kindern und Jugendlichen. Die meisten Selbsttötungen begingen Jungen und Mädchen im Alter zwischen zwölf und 17 Jahren, mehrheitlich handelte es sich dabei um Sprösslinge von Eltern, die emigriert waren, oder um sehr junge Ehefrauen von Emigranten.

Einige der Kinder schrieben in den Abschiedsbriefen, dass sie sich verlassen fühlten und die Einsamkeit nicht mehr ertragen könnten. Sie waren der Überzeugung, dass niemand ihnen mehr hel-

fen könne. Ein neunjähriges Mädchen schrieb, bevor es sich erhängte, dass ihre Eltern sie nie geliebt hätten und deswegen auch nicht aus den USA zurückkommen würden. Eine ähnliche Nachricht hinterließ der zwölfjährige Javier, dem es schließlich im dritten Versuch gelang, sich in seinem Zimmer das Leben zu nehmen. Auch seine Eltern waren ausgewandert und hatten ihn bei Verwandten zurückgelassen. Er verfiel in tiefe Depressionen, die weder seine Lehrer noch seine nächste Umgebung bemerkten. Mit seinem Selbstmord entfloher schließlich diesem Elend.

Allein zwischen 1998 und 2002 haben eine 250 000 Ecuadorianer versucht, in die USA zu gelangen. Durch verschärfte Grenzkontrollen sowie die restriktivere Einwanderungspolitik von US-Präsident George W. Bush nach den Terroranschlägen des 11. September sind illegale Einwanderungen in jüngerer Zeit riskanter und kostspieliger geworden. Fachleute beobachten deshalb eine Umorientierung der Migrationsströme, die sich nun vermehrt nach Europa richten, vorwiegend nach Spanien.

Auf der Iberischen Halbinsel bilden Ecuadorianer bereits heute die größte Migrantenengruppe. Der Großteil von ihnen reist mit einem Touristenvisum ein und bleibt nach Ablauf der Frist illegal im Land. Einzige Voraussetzung für ein Touristenvisum ist ein makelloses polizeiliches Führungszeugnis – das selbst trotz Verbüßung hoher Gefängnisstrafen oder schwerster Delikte zeitweise automatisch ausgestellt wird, und sich im Falle eines Falles auch problemlos von ecuadorianischen Behörden oder von fliegenden Händlern in der Hauptstadt Quito vor der Botschaft Spaniens für 180 Dollar beschaffen lässt.

Wie alle anderen Länder mit einem hohen Anteil von Emigranten unternimmt auch Ecuador von Staats wegen nichts, um den Migrantenstrom einzudämmen. Schließlich entledigt sich der Staat auf diesem Wege nicht nur Arbeitskräften, die auf dem heimischen Arbeitsmarkt keine Stellen finden, sondern auch einer sozial kritischen Masse von Unzufriedenen, die für das politische Establishment in Quito eine potenzielle Quelle des Protests und der Unruhe darstellen. Zugleich sorgen

Viele Migranten nutzen die Auswanderung, um sich von **familiären Verpflichtungen** zu befreien und überlassen Ehefrau und Kinder ihrem Schicksal.

der beträchtlichen Geldüberweisungen von Migranten in ihre Heimat für eine Stabilisierung der dortigen Volksökonomie. Denn sie stärken die Kaufkraft und kurbeln somit die lokale und regionale Wirtschaft an.

Darüber hinaus ermöglichen die Auslandsüberweisungen den Daheimgebliebenen vielfach Investitionen in die Bildung ihrer Kinder, eine bessere Gesundheitsversorgung und in Einzelfällen sogar ein Leben in bescheidenem Wohlstand. Dies entlastet den Staatshaushalt in nicht unerheblichem Umfang – nicht nur in Ecuador, sondern generell in Entwicklungsländern. Denn die Rücküberweisungen sind für die Länder des Südens inzwischen, hinter den jeweiligen Rohstoffexporten, zur wichtigsten Finanzquelle geworden. Sie erreichen beinahe die Höhe der Direktinvestitionen und liegen deutlich über den Summen der öffentlichen Entwicklungshilfe, wie Hans Werner Mundt von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) betont.

Die politische Abhängigkeit von den steigenden Deviseneinnahmen in Form der Rücküberweisungen, die dadurch erleichtert wird, dass die Kanalisierung und Abschiebung des sozialen Protestpotenzials in die Migration sind denn auch wesentliche Gründe, warum das Schleuser- und Schlepperwesen in den Entwicklungs- und Transformationsländern entweder gar nicht oder nur halbherzig bekämpft wird – und deswegen dort keine Gesetze auf den Weg gebracht werden, um dieses Geschäft mit der Ware Mensch zu unterbinden.

Erst allmählich dringt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit vor, dass nicht nur die legale, sondern vor allem die illegale Migration weit reichende negative Folgen in den Herkunftsländern entfaltet (Stichwort: „brain drain“ – junge, intelligente Arbeitskräfte verlassen das Land und fehlen dem Arbeitsmarkt). Die Selbstmord-Studie der Notrufzentrale von Cuenca ist ein erster Versuch, in Ecuador auf die Schattenseite der Migration aufmerksam zu machen. Denn ein Land wie Ecuador mit der höchsten Auswanderungsquote Südamerikas wird sich in Zukunft mit einer Generation traumatisierter Kinder und Jugendlicher beschäftigen müssen, die verlassen und verworren nicht in

Länder wie Ecuador unternehmen kaum etwas gegen die Migration – weil sie davon auch profitieren.

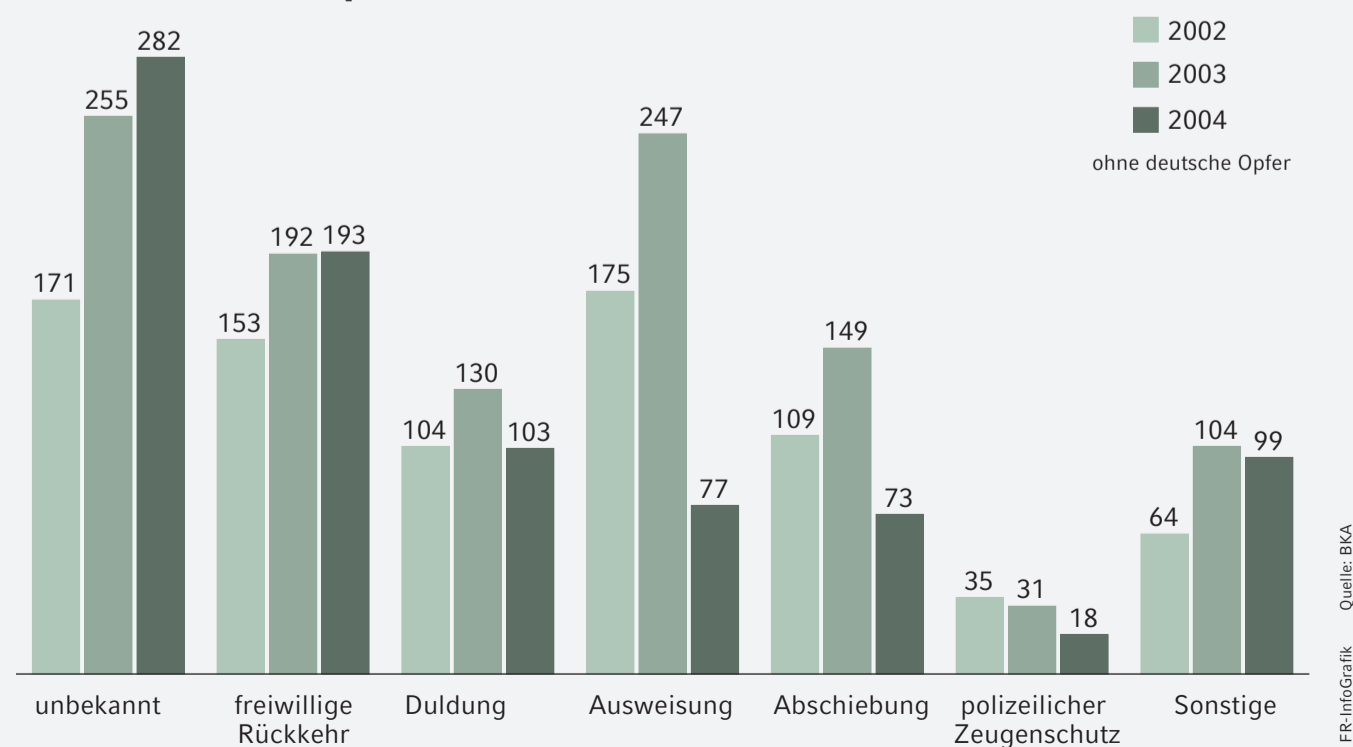
der Lage ist, sich eigenständig ein menschenwürdiges Leben aufzubauen. Denn illegale Migration bedeutet in aller Regel, dass es Migranten verwehrt bleibt, selbst besuchsweise in ihre Heimat zurückzukehren, und es ihnen nur in Ausnahmefällen gelingt, den Aufenthaltsstatus zu legalisieren und Kinder und andere Familienmitglieder in die neue Heimat zu holen. So wächst in Ecuador und anderen Entwicklungsländern eine „lost generation“ von Kindern und Jugendlichen heran, von denen ein Teil wiederum die künftigen Kunden von Coyotes und Polleros sein werden.

Migration aber lässt sich nicht verbieten, illegale Migration lässt sich nicht unterbinden, daran werden selbst strenge Visavorschriften, Sanktionen gegen Schleppernetzwerke sowie Abkommen zur Rückführung von Migranten nicht prinzipiell etwas ändern. Eine globalisierte Welt, die dem freien Handel von Waren und Dienstleistungen Tür und Tor geöffnet hat, trägt keine rigide Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen und Migranten. Im Gegenteil, dies fördert automatisch das Geschäft der Menschenhändler, wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und die Weltbank in Studien übereinstimmend festgestellt haben. Der Bericht der Weltbank macht darauf aufmerksam, dass alle entsprechenden Studien belegen: Illegale Migration nimmt zu, wenn die legale Zuwanderung immer schärferen Restriktionen unterworfen wird.

Aus dieser Erkenntnis eine laxer Handhabung der Vergabe von Einreisevisa abzuleiten, wäre aber zweifelsohne eine politische Naivität und Torheit, wie nicht zuletzt das Beispiel Ukraine gezeigt hat. Stattdessen sind eine geregelte, auf Quoten gestützte Zuwanderung, bi- und multinationale Abkommen und insbesondere verstärkte volkswirtschaftliche und entwicklungspolitische Anstrengungen nötig, um die Herkunftsländer der Migranten in ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verpflichtungen zu stärken und zu unterstützen – damit verzweifelte Menschen nicht der Skrupellosigkeit des Schleuser- und Schlepperwesens ausgeliefert werden.

ELISABETH ROHR ist Professorin für Interkulturelle Erziehung an der Philipps-Universität in Marburg.

Verbleib der Opfer des Menschenhandels



■ 28 Monate Gefängnis beträgt die durchschnittliche Freiheitsstrafe für Menschenhandel in Deutschland.

■ Als besonders schwierig und aufwändig gelten die Ermittlungen wegen Menschenhandels, weil es sich bei den Tätern oft um international operierende und weit verzweigte Netzwerke handelt.

■ Kontrollen im Rotlichtmilieu, verdeckte Ermittlungen, Telefonüberwachungen und Zeugenaussagen sind die wichtigsten Waffen der Behörden gegen die Menschenhändler.

■ Häufig ermittelt die Polizei außer wegen Menschenhandels parallel wegen weiterer milieutypischer Straftaten wie Zuhälterei, Verstößen gegen das Ausländergesetz, Förderung der Prostitution und Ausbeutung von Prostituierten gegen die Verdächtigen. Diese „sonstigen Delikte“ führen fast doppelt so häufig wie Menschenhandel zur Verurteilung der Täter. Oft werden die Täter wegen Schleusung verurteilt.

■ Die Täter stehen untereinander oftmals in familiären, ethnischen oder bekanntschaftlichen Beziehungen.

■ Die Bedeutung von türkischen und deutsch-russischen Tätern in Deutschland ist nach Erkenntnissen von Sicherheitskreisen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Überdies beobachten die Behörden eine zunehmende Professionalisierung des Milieus.

■ Menschenhandel ist zu Beginn der neunziger Jahre in der polizeilichen Kriminalstatistik deutlich angewachsen. Ein Grund dafür ist nach Ansicht von Experten im Zerfall des damaligen Ostblocks zu finden.

■ Einen Rückgang der Fallzahlen weist die Statistik seit 1996 auf, was aber keine Rückschlüsse darauf zulässt, dass weniger Frauen über die Grenzen geschmuggelt und hier zur Prostitution gezwungen werden. Es zeigt eher, welche Prioritäten die Behörden bei der Verbrechensbekämpfung setzen.

■ 400 000 Frauen arbeiten nach Schätzungen der Bundesregierung hier zu Lande als Prostituierte (Stand 2004). Mehr als die Hälfte der Prostituierten sind demzufolge Migrantinnen. Täglich nehmen etwa 1,5 Millionen Männer die „sexuellen Dienstleistungen“ dieser Frauen in Anspruch. F.ML/FFF

Anwerbung

Prostituierte als Opfer von Menschenhändlern

